

wiedergewählt, 23 wurden wegen ihrer mangelnden Initiative abgelehnt. Die Anteilnahme unserer Genossen bei den Parteiwahlen drückt sich nicht nur in der Versammlungsteilnahme, sondern auch in ihrer Mitarbeit aus. Von den Gruppenorganisatoren wurden schriftliche Berichte ausgearbeitet. In diesen Rechenschaftsberichten schätzten sie die eigene Arbeit kritisch ein und legten auch die Meinung der Gruppenleitung zu den politischen und internationalen Gegenwartsproblemen dar. Es wurde allerdings noch nicht verstanden, beides richtig miteinander in Einklang zu bringen. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Genossen in den Wahlversammlungen aufgeschlossen sind. Sie sprechen nicht nur über wirtschaftliche oder betriebliche Probleme, sondern im Mittelpunkt stehen mehr die Grundfragen unserer Politik. Dabei kommt es zu Auseinandersetzungen über das politische Auftreten unserer Genossen. Bei inaktiven Genossen werden Gründe und Ursachen geprüft. Es herrscht eine kritische Atmosphäre, und ernsthaft wird gegen liberales Verhalten gekämpft. In diesem Prozeß wächst das sozialistische Bewußtsein der Genossen, und die Parteigruppen erhalten unter den parteilosen Kollegen mehr Ansehen und Autorität. Das zeigen nachstehende Beispiele:

Sofort als im Betrieb die Rede des Genossen Otto Grotewohl bekannt wurde, in der er vorschlug, einen Volksentscheid über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Deutschland durchzuführen, organisierten die meisten Parteigruppen Kurzversammlungen, Aussprachen und Diskussionen dazu. Innerhalb weniger Stunden hatte sich die gesamte Belegschaft zu dem Vorschlag geäußert und im großen und ganzen ihre Zustimmung gegeben. Vielen Belegschaftsmitgliedern genügte nicht nur die Zustimmung, sondern bewiesen ihren Willen noch durch Verpflichtungen. Insgesamt wurden 150 Einzel- und 50 Kollektivverpflichtungen abgegeben. Vorzüglich arbeiteten die Parteigruppen aus dem Stabwalzwerk, dem Rohrwerk II, der Ela und anderen, also insbesondere die, die seit langem systematisch arbeiten. Neu war, daß sich die Bewegung zur Durchführung eines Volksentscheids von unten entwickelte, während bislang immer erst ein Anstoß von „oben“ abgewartet wurde. Durch das schnelle Reagieren auf dieses bedeutende politische Ereignis war es möglich, die Belegschaft darauf zu lenken, ihre Zustimmung in Taten für den sozialistischen Aufbau zum Ausdruck zu bringen.

Es gab jedoch, wenn auch vereinzelt, noch feindliche Auffassungen und negative Stimmungen, die eindeutig ihre westliche Herkunft erkennen ließen. Ein Kollege aus dem Rohrwerk II äußerte: „Was nützt uns der Volksentscheid, Wahlen wollen wir!“ Die Genossen dieser Parteigruppe verstanden es, mit den Kollegen zu klären, wie unrecht solche Meinungen sind und daß sich solche Meinungen mit den Losungen des Ostbüros der SPD decken, das doch eigens dafür geschaffen worden ist, um die Partei und Arbeiterklasse zu zersetzen und die Werktätigen von der Partei zu trennen. In der gegenwärtigen Situation führen die Feinde der Arbeiterklasse ihren Kampf hauptsächlich mit allen ihnen zu Gebote stehenden ideologischen Mitteln, dazu gehört, daß sie ihre wahren Absichten unter demagogischen Losungen zu verbergen versuchen, was ihnen immer weniger gelingt, sie greifen immer mehr zu Lüge, Verleumdung, Diversionstätigkeit, Spionageaktionen und Provokationen. Das sture „No“ Adenauers läßt doch immer mehr die Menschenfeindlichkeit seiner Politik erkennen.

In einer Parteiativtagung orientierte die Parteileitung alle Genossen darauf, wie notwendig es ist, den politisch-ideologischen Kampf offensiver zu führen und durch die gründliche Erklärung aller Maßnahmen und Beschlüsse unserer